

Stadtratssitzung vom 29. Juli 2021

Entschuldigt: Hr. Disanto, Fr. Kocher, Hr. Naisar, Fr. Theis

Verwaltung: Fr. Bahmet, Hr. Brodschelm, Hr. Marquart, Fr. May, Fr. Stein

Presse: Fr. Brosch, Hr. Schwalbe, Fr. Gnau

Gäste: 5

Ende: 21.30 Uhr

- Ö 2 Bürgerfragestunde (Inhalte der Tagesordnung können nicht Gegenstand der Bürgerfragestunde sein)
keine
- Ö 3 Erweiterung Grundschule West - Durchführung Vergabeverfahren gem. VgV für Architektenleistungen LPH 1-9, Leistungen der Technischen Gebäudeausrüstung HLS + ELT LPH 1-9 und der Tragwerksplanung LPH 1-6
Einstimmig beschlossen
- Ö 4 Bebauungsplan Nr. 194 "Verlängerung Daimlerstraße Richtung Süden"; Beschluss zur Aufstellung im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB und Freigabe für das Verfahren gem. §§ 3 Abs.2 und 4 Abs.2 BauGB
Einstimmig beschlossen
- Ö 5 Verweisbeschluss Antrag Bündnis 90 / Die Grünen vom [30.06.2021](#); Organisches Wachstum sichern!
Einstimmig beschlossen
- Ö 6 Europaweite Ausschreibung für das Einsammeln und Befördern von Rest- und Biomüll, Altpapier, Pappe und Kartonagen sowie Sperrmüll, E-Schrott und Altkühlgeräte in der Stadt Garching bei München
Gegen 1 Stimme von Hr. Adolf so beschlossen.
- Ö 7 Nationale Naturerbe (NNE) Mallertshofer Holz - Aufwertungs- und Entwicklungsmaßnahmen; Erdbau- und Ansaatarbeiten
Bgm. erläutert, dass die Frage, ob vom künftigen Bauherren gefordert werden könne, die Ausgleichsflächen aus dem Mallertshofer Holz zu nehmen, juristisch positiv beurteilt wurde.
Hr. Biersack begrüßt das und regt zudem an, für naturschutzrechtliche Ausgleichsfragen (Feldlerche) mit den Landwirten die Zusammenarbeit gesucht wird.
Bgm. will an einem Runden Tisch diese Fragen des Ausgleichs mit Lw-Ministerium, Unterer Naturschutzbehörde, Bauernverband etc. diskutieren und hofft, hier eine grundsätzliche Regelung in Gang zu bringen.
Hr. Kratzl kritisiert erneut den „vorgeschobenen“ Entwicklungszweck durch Ausgleichsflächen, die „wie nach der Eiszeit“ gestaltet werden sollen. Die Grünen werden nicht zustimmen.
Hr. Krause verweist demgegenüber auf die belasteten Böden auf dieser Fläche, die abgeschoben werden müssten.
Hr. Braun sagt, die Maßnahme habe weniger mit Umweltschutz, aber sehr viel mit Artenschutz zu tun.
Hr. Biersack meint, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht zu Ende gedacht sei und man unter Umständen viel Geld hätte sparen können, wenn man manches anders angegangen wäre. Letztlich wird durch solche Maßnahmen auch der Preis für Baugrund/Wohnen wieder verteuert.
Hr. Marquart weist demgegenüber auf den grundsätzlichen Wert dieser Ausgleichsflächen für Garching hin.
Hr. Kratzl vergleicht diese Maßnahmen mit den „Schottergärten“, gegen die die SPD einen Antrag gestellt hat.
Gegen 4 Stimmen (Grüne und Hr. Kink) so beschlossen.
- Ö 8 Mobile Luftreinigungsgeräte für Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen; Sachstandsbericht zur Förderung möglicher Investitionskosten
Bgm. erläutert die unklare Situation im Hinblick auf die Förderung durch Freistaat und Bund
Man könnte auch RLT-Anlagen einbauen, die sehr viel teurer sind (16.000 pro Klasszimmer), aber auch höher förderfähig.
Fr. Stein erklärt, dass es Sinn macht, getrennt nach Objekten auszuschreiben.
Fr. Rieth sieht die Gefahr einer vierten Welle. Sie zitiert Studien, die nachweisen, dass die Inzidenz runtergeht durch Lüftungsanlagen.
Fr. Haerendel plädiert dafür, bei den Schulen anzufangen und zunächst die Kindertagesstätten auszulassen.
Hr. Krause möchte Gründlichkeit vor Schnelligkeit und meint, dass man dort, wo sich stationäre Anlagen anbieten, man evtl. noch einen Winter mit manuellem Lüften durchhalten muss.
Hr. Ascherl und Hr. Euringer wollen auch die Schulversorgung an erster Stelle sehen.
Hr. Dombret zieht in Zweifel, dass die Geräte rechtzeitig kommen, um das Pandemiegeschehen zu beeinflussen. Will Information über Lieferzeiten, Kosten etc. und dann endgültig entscheiden.

Hr. Baierl fragt, ob mit Schulen gesprochen wurde. Er bleibt skeptisch hinsichtlich der Wirkung der Geräte und fragt, welche Technik bevorzugt wird.

Hr. Kratzl will keine Kompromisse in Bezug auf die Kinder eingehen und schnell handeln.

Hr. Fröhler lobt, dass die Verwaltung „ihre Hausaufgaben gemacht hat“. Findet, dass die Politik zu viel auf Kosten der Kinder entschieden hat.

Fr. Stein erläutert, dass eine Bestandsaufnahme sowohl für die stationären wie auch für die mobilen Geräte erfolgen muss durch ein technisches Büro.

Fr. Rieth betont, dass uns weitere Pandemiesituationen in Zukunft drohen. Deshalb braucht es eine vorausschauende Planung. Sie will keine Rektoren fragen, sondern „den Kindern eine Stimme geben“.

Hr. Braun kritisiert, dass die Grünen viel Rhetorik, aber wenig Konstruktives beitragen. Er kritisiert weiterhin, dass von seiten des Freistaats keine guten Entscheidungsgrundlagen vorbereitet wurden. Er hält es für richtig, zunächst die Klassenzimmer auszustatten und fragt nach der weiteren Vorgehensweise.

Fr. Stein antwortet, dass man bis September die Ausschreibung vorbereiten könne.

Hr. Adolf kritisiert ebenfalls das Zaudern der bayerischen Staatsregierung. Er verweist auf das Beispiel Neubiberg. Die Aufteilung in RLT-Anlagen und mobile Lüftungsgeräte hält er für richtig und möchte am liebsten schon heute einen entsprechenden Beschluss.

Hr. Grünwald plädiert dafür, auf der Basis ordentlicher Vorbereitung durch die Verwaltung im September möglicherweise in einer Sondersitzung des Stadtrats zu entscheiden.

Bgm. fasst die Alternativen zusammen: Heute der Verwaltung Vollmacht erteilen oder nur die Untersuchung in Gang setzen. Er will die Lehrerzimmer mit reinnehmen.

Informelle Abstimmung: 14 Stadträte sind dafür, heute auch die Ausschreibung zu beauftragen.

Beschluss: ein Ingenieurbüro wird beauftragt, die entsprechenden technischen Untersuchungen in den Schulen anzustellen. Die Verwaltung kann auf Basis von dessen Empfehlungen in die Ausschreibung und Vergabe gehen.

Ö 9 Bekanntgabe von nicht-öffentlichen Beschlüssen, bei denen die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind

Ö 10 Mitteilungen aus der Verwaltung

- In dem Untergrundlabor, das auf dem TUM-Gelände umgebaut wird, werden keine Gefahrenstoffe verwendet.
- Garching See hat wieder eine Badeinsel
- Coronatestzentrum wird bis 31.12. verlängert.
- Heimatverein will Ochsenessen im Römerhof veranstalten.
- Falschparker am neuen Spielplatz sind nur noch vereinzelt.
- Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte“ und Europäisches Programm „React EU“ werden für Garching geprüft.

Ö 11 Sonstiges; Anträge und Anfragen

Hr. Euringer fragt nach E-Ladestation am Maibaum, die häufiger defekt sei, und nach weiterem Ausbau. Bgm.: Weitere 8 Ladestationen kommen noch dieses Jahr

Fr. Rieth: fragt nach Kerosin-Unfall auf dem TUM-Gelände als zweitem schwerem Unfall dieses Jahr. Will weitergehende Warn- und Sicherheitsmaßnahmen.

Hr. Baierl: - fragt nach Stand der Beendigung der Klärschlammdeponie in Bezug auf Garching Flur

- Verlängerung des Heidewegs: miserabler Zustand
- Status Feuerwehrhaus? (Fr. Stein: jetzt neue Auslegung des B-Plans)
- Neue Rad- und Fußbrücke auf Ismaninger Antrag: finanzielle Beteiligung? (Bgm.: Anfrage wurde an TUM gestellt)

Hr. Braun ist kritisch dazu: Fischerhäuser ist sehr klein und der Aufwand könnte unverhältnismäßig sein. Außerdem soll die Brücke ins FFH-Gebiet, er lehnt sie aus Sicht des Naturschutzes ab.

Hr. Dombret: fragt, ob es das frühere Grünflächenpatenprogramm noch gibt (ja, Kontakt zum Umweltreferat)

Hr. Nolte fragt, wann bestehende Radbrücke über Isar erneuert wird (wird nachgefragt).

Protokoll: Ulrike Haerendel